

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

51 (29.12.1948)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2 / Nr. 51

Mannheim, 29. Dezember 1948

Preis 15 Pfg.

Für Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus

Zum 30. Jahresfest der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Dreißig Jahre sind vergangen, seitdem unter der Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck die Kommunistische Partei Deutschlands ins Leben gerufen wurde.

Dreißig Jahre Kommunistische Partei — das sind 30 Jahre unerbittlichen Kampfes in den vordersten Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes um Frieden, Freiheit und Sozialismus.

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus“. Das war der Angstruf der alten Gewalten, als vor 100 Jahren die deutsche Arbeiterbewegung die Bühne der Geschichte betrat. Zu jener Zeit, wo Karl Marx und Friedrich Engels das Kommunistische Manifest schrieben, waren die Vorkämpfer der freihändlerischen Ideen eine kleine Schar. Heute sind es Millionen, die rings auf der Erde das Banner des Sozialismus, das Banner der Befreiung der Menschheit von den Sklavenketten des Kapitalismus entfalten.

Die Feinde des Volkes haben kein Mittel gescheut, dem Träger der großen Ideen des Fortschritts, die Kommunistische Partei, zu lähmen und zu vernichten. Mit Lüge und Verleumdung, durch Provokation und Terror versuchten sie, den Lauf der Geschichte zu hemmen. Sie haben es nicht vermocht. Welle auf Welle einer Schmutzflut des Hasses ergoß sich über die KPD in diesen 30 Jahren ihres Bestehens. Aber trotz und heldenhaft widerstand sie allen Versuchen ihre Schlagkraft zu schwächen und ihren Geist zu beugen.

Ihr drei Jahrzehnte währender Kampf ist ein strahlender Beweis für die Unbesiegbarkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Keine Partei, keine Organisation hat, wie sie auch in den Jahren der tiefsten Erniedrigung des deutschen Volkes die besten und wertvollsten Eigenschaften der Menschen bewiesen: Opferbereitschaft und Standhaftigkeit, Hingabe an die Sache der arbeitenden und friedliebenden Menschheit, Zuversicht, Tatkraft und Mut.

Das größte Ereignis der modernen Geschichte, die sozialistische Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1917 hat auf die Gründung unserer Partei einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Mit dieser Tat wurde für die ganze Welt ein leuchtendes Beispiel für den Freiheitskampf der arbeitenden Menschen gegeben. In Deutschland aber wurde der Wille der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Menschen, diesem großen Beispiel zu folgen, nicht erfüllt. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie, Ebert, Noske und Scheidemann schürten den Haß gegen die Revolution, die Sehnsucht der Massen nach Frieden und Sozialismus, und stellten sich an die Spitze der deutschen Novemberrevolution von 1918, um sie ihren Feinden auszuliefern. Durch ihren Burgfrieden mit den alten Machthabern und kaiserlichen Gene-

ralen spalteten sie die deutsche Arbeiterklasse. Das war die Situation, in der die fortschrittlichsten Kräfte der alten Sozialdemokratie, zusammengefaßt im Spartakusbund, zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands aufrufen.

Die KPD wurde geschaffen, um der deutschen Arbeiterbewegung eine sozialisti-

verlassen. Unermüdet und zielbewußt hat sie daran gearbeitet, die Kampfbereitschaft in der deutschen Arbeiterklasse wachzuhalten, ihren revolutionären Willen zu stärken und ihr sozialistisches Bewußtsein zu vertiefen.

Geboren im Feuer des Kampfes für den Frieden, Feind der Reaktion und der kapitalistischen Ausbeutung hat die KPD stets ihre ganze Kraft eingesetzt gegen die Kriegsbrandstifter und für die Verständigung der Völker, für Lohn und Brot der arbeitenden Massen und für alle demokratischen Freiheiten des Volkes. Auch heute ist es erstes Gesetz ihres Handelns die Lebensrechte und Freiheiten des schaffenden Volkes zu erkämpfen und den Frieden zu erhalten.

Die Kommunistische Partei, die im Ringen gegen Militarismus und Kriegshetze entstand, scharf heute um das Banner des Friedens alle fortschrittlichen Kräfte.

Sie ist die einzige Partei, die im Westen Deutschlands den Kampf für die Einheit Deutschlands entfacht hat; sie ist die einzige Partei, die sich gegen die Eingliederung Westdeutschlands in eine neue militärische Verschwörung gegen die Sowjetunion, die volkdemokratischen Länder und andere friedliebende Völker wendet.

Sie ist die einzige Partei, die für die endgültige Zerbrechung der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der am Unglück unseres Volkes Schuldigen eintritt, die einzige Partei, die der Herrschaft der Konzernherren, der Großgrundbesitzer und Militaristen ein für allemal ein Ende setzen will.

Sie ist die einzige Partei, die sich konsequent dafür einsetzt, daß die Lasten des Krieges denen auferlegt werden, die aus schöner Profitgier und skrupellosem Machtgier den ganzen Jammer und die unendliche Not unseres Volkes heraufbeschworen haben.

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Vergesst nie, daß der Antikommunismus schon einmal den Verderber unseres Volkes als Mittel gedient hat, Krieg und Unglück über Deutschland zu bringen. Vergesst nie, daß auf jeden Schlag, den die faschistischen Machthaber gegen unsere Partei führten, andere Schläge folgten, die sich gegen das gesamte werktätige Volk richteten. Wer darum Frieden und Glück für unser Volk will, der muß unter das Banner der Kommunistischen Partei Deutschlands treten.

Das Geheimnis unserer Stärke beruht auf dem festen Glauben an den Sieg der fort-

schriftlichen Ideen, die ihren Vormarsch über die ganze Welt angetreten haben. Das Geheimnis unserer Stärke beruht auf dem Wissen von der unbesiegbaren Kraft der geeinten Arbeiterklasse und auf dem Vertrauen in die schöpferischen Fähigkeiten des Volkes.

Wir Kommunisten wissen, die Herrschaft der Kriegstreiber von heute ist nicht mehr von langer Dauer. Der Kampf um eine neue demokratische Welt, um ein neues, besseres Leben ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Der unaufhaltsame Siegeslauf der demokratischen Volksarmee in China ist ein Symbol unserer Zeit. Wie die Arbeiter und Bauern dieses großen Landes, so haben sich heute hunderte Millionen von Menschen auf der ganzen Erde zusammengeschlossen, um das alte morsche System zu beseitigen und die endgültige Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Knechtschaft einzuleiten. Die Tore in eine bessere Zukunft werden aufgestoßen, für ein Leben in Frieden und Freiheit, für ein Leben, das allen Menschen gestattet, teilzuhaben an den großen Gütern der Natur und den Leistungen menschlicher Schaffenskraft.

An der Schwelle des 30. Jahresfestes der Gründung unserer stolzen Kommunistischen Partei rufen wir unserem Volk zu:

Kämpft gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, kämpft mit ihr um die Einheit unseres Vaterlandes, um eine gesamtdeutsche demokratische Republik.

In brüderlicher Verbundenheit mit den Völkern der Sowjet-Union, eng verbunden mit der revolutionären Arbeiterbewegung und den unterdrückten Völkern der ganzen Welt, eng verbunden mit den Menschen aller Rassen und aller Sprachen, die für Demokratie und Sozialismus kämpfen, wird die Kommunistische Partei Deutschlands die Sache der Arbeiterklasse und aller werktätigen Menschen zum Siege führen.

Es lebe die unteilbare demokratische deutsche Republik!

Es lebe die Einheit der deutschen Arbeiterklasse unter dem Banner des Marxismus! Es lebe der Kampf um die Befreiung der Menschheit von kapitalistischer Sklaverei! Es lebe der Friede, es lebe der Sozialismus!

Frankfurt a. M., Dezember 1948

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands

Werbung für das Volksecho

Im Kreise Karlsruhe wurden bei der Werbeaktion für das „Badische Volksecho“ gute Ergebnisse erzielt. Die Ortsgruppe Durlach warb 110, Daxlanden 75, Hagsfeld 30 und die Betriebsgruppe Junker u. Ruh 40 neue Abonnenten für das „Badische Volksecho“.

Kloster als Regierungssitz verworfen

Auf der Suche nach einer Bundeshauptstadt für den „Westdeutschen Staat“ war auch die Stadt Bamberg erwogen worden. In einem Kloster bei Bamberg hatte man gemeint, die westdeutsche Regierung unterbringen zu können. Mittlerweile hatte man in Bayern Einsicht und verzichtete. In der Endrunde des Streites, wer die Palme erringt, liegen Frankfurt und Kassel.

Im Streiflicht gesehen

Kardinal Mindszenty verhaftet

Die ungarische Regierung hat den Primas von Ungarn, Kardinal Josef Mindszenty verhaftet und unter Anklage des Hochverrats gestellt. Die zehn Bischöfe Ungarns erklärten, bereit zu sein, mit der Regierung sich zu verständigen. Auch der ungarische Staatspräsident äußerte, daß die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche eine der ersten Aufgaben im neuen Jahr sei.

Amerikanische Verstärkungen für Europa angekündigt

Der Verteidigungsminister der USA hat in Berlin eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Europa in Aussicht gestellt.

„Herrschaft der Wahrheit“

Diese forderte der Papst in seiner Weihnachtsbotschaft. Die uralte Frage ist damit

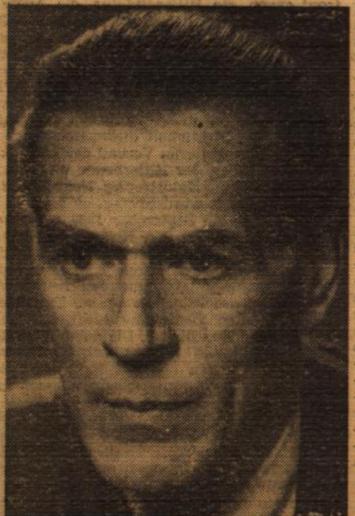
Zum Neuen Jahr!

grüßt der Landesvorstand alle Freunde, Leser des „Volksecho“ und Mitglieder der Partei. Er dankt ihnen für die Anteilnahme, Hilfe und Mitarbeit am Werk des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus. Das vergangene Jahr hat der Schlammtopf des Antikommunismus alle Schleusen geöffnet. Mit Unterstützung der herrschenden Gewalten wetteiferten Kanzel und Rundfunk, Zeitungen und die Parteien von der CDU bis zur SPD darin, die Kommunisten zu diffamieren, ja sie außerhalb des Gesetzes zu stellen, und vor allem sie von ihren Mitbürgern zu isolieren. Wenn sich die Kommunistische Partei trotz alledem behauptet hat, so verdankt sie das zuerst der Widerstandskraft und dem Mut jedes einzelnen Genossen und Freundes. Wenn eine Partei Grund hätte, einen Sieg der Freiheit zu feiern, dann könnte es die KPD mit Stolz tun. Es ist der Sieg des aufrechten Mannes und der tapferen Frau, die sich weder durch fremde Lockungen, durch stillen Terror, noch durch Propagandamäulen verwirren lassen.

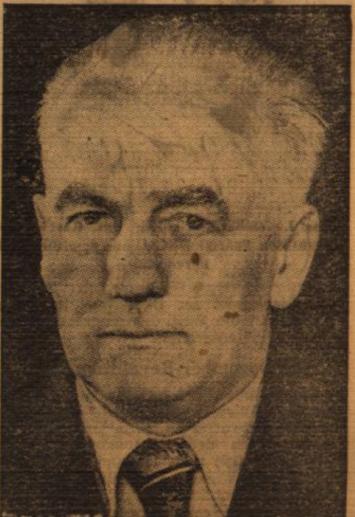
So ist in dem vergangenen Jahr trotz mancher Rückschläge und Verfolgungen das Bewußtsein gewachsen, daß die Kommunisten einzig und allein imstande sind, den Weg in die Zukunft zu weisen. Das Beispiel Chinas, wo sich auf Seiten des Antikommunismus alles Morsche und Verfaulte sammelt und zum Untergang verdammt ist, ist das geschichtliche Beispiel. Erinnern wir uns an der Schwelle des neuen Jahres, daß es von uns abhängt, daß Not und Furcht auch von unserer Heimat genommen werden, daß die Sache des Fortschritts und des Friedens siegt.

Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei Württemberg-Baden

Stuttgart, 29. Dezember 1948.



Max Reimann
Vorsitzender der KPD in den Westzonen



Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD während des illegalen Kampfes, jetzt Vorsitzender der SED

Grundlinie der KPD

Von Wilhelm Pieck
So unterschiedlich auch die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr innerer Zustand in den einzelnen Etappen waren, so zieht sich doch durch ihre Politik eine einheitliche Grundlinie, die mit aller Konsequenz eingehalten wurde. Das ist:

1. der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Völkerverständigung und für die Freundschaft mit der Sowjet-Union,
 2. der Kampf zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, zur Herbeiführung ihrer Einheit und ihres Bündnisses mit der Bauernschaft und den übrigen werktätigen Schichten, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen,
 3. der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer,
 4. der Kampf für den Marxismus-Leninismus, als der schärfsten Waffe der Arbeiterklasse im Ringen um ihre politische Herrschaft und um den Sieg des Sozialismus.
- Durch diese Grundlinie ihrer Politik unterscheidet sich die Kommunistische Partei von allen anderen Parteien. Sie ist die einzige Partei, die ihre Politik auf einer unveränderlichen prinzipiellen Grundlage durchführt und darum mit ihren Voraussetzungen über die weitere Entwicklung immer Recht behalten hat.

Holländischer Imperialismus pfeift auf UN-Beschluß

Keine Feuereinstellung in Indonesien / Der Kampf geht weiter

Dem Beschluß des Sicherheitsrates der UN, die Feindseligkeiten in Indonesien einzustellen, ist die holländische Regierung nicht nachgekommen. Die Indonesier sind bereit, den Beschluß zu befolgen, stellen aber an Holland Bedingungen. Sie fordern von der holländischen Regierung die Freilassung der verhafteten Regierungsmitglieder und Rückzug der holländischen Truppen auf ihre Ausgangsstellungen, Anerkennung der Souveränität der indonesischen Republik über Java, Sumatra und Madura, Abzug der holländischen Truppen aus Indonesien nach der Bildung einer eigenen Regierung.

ten der indonesischen Regierung in Berg- und Küstengebieten, die von der fast kampflosen Besetzung der indonesischen Hauptstadt ließ die Vermutung aufkommen, daß die Regierung Hatta Indonesien den Holländern in die Hand zu spielen gedachte. Ebenso erregt Verdacht, daß Hatta mit dem holländischen Außenminister Strijker enge Verbindungen pflegte und noch Anfang Dezember 30 indonesische Freiheitskämpfer in Zentraljava kurz vor dem Einmarsch der Holländer hinrichten ließ.

KP Hollands für den Frieden
Von allen Fraktionen des holländischen Parlaments, außer den Kommunisten, wurde das Vorgehen der holländischen Militärbehörden in Indonesien gebilligt. Kolonialminister Sassen erklärte, daß der indonesien-

konflikt weder durch Schiedsspruch noch durch Vermittlung gelöst werden könne. Der Kommunistische Antrag, die Kampfhandlungen sofort einzustellen, wurde gegen ihre eigenen Stimmen abgelehnt. Der holländische Vertreter im Weltfriedensrat erklärte: „Nichts wird uns von dem Weg abbringen, den wir in Indonesien beschritten haben.“

Eisenbahner gegen Antikommunismus

Wie aus britischen Pressemeldungen hervorgeht, hat sich auf einer Delegiertenversammlung die britische Eisenbahnergewerkschaft gegen die vom britischen Gewerkschaftskongreß befürwortete antikommunistische Politik erklärt.

Für Tschiangkaischek keine Gnade!

Kommunisten stoßen gegen Hankau vor / Chinas Kriegsverbrecherliste

Entgegen aller Dementis lassen die Meldungen über die Räumung Nankings durch die Tschiangkaischek-Regierung nicht nach. In Kanton wurde ungünstig aufgenommen, daß Tschiangkaischek dorthin übersiedeln wolle. Nantschang wurde in diesem Zusammenhang und sogar Tschungking genannt. Angesichts der Ereignisse aber sollen auch diese Städte als neuer Sitz der Regierung Tschiangkaischeks verworfen worden sein. Die Übersiedlung nach der Insel Formosa tritt in den Bereich des Möglichen.

Die kommunistisch-demokratische Befreiungsarmee hat weiter große militärische Erfolge zu verzeichnen. Die auf dem Weg nach Hangkau liegenden Städte Hsiang-Jang, Fau-Tschöng am Oberlauf des Han, sowie die Stadt Sui wurden erobert. Die demokratisch-kommunistische Armee steht nur noch 120–150 km von Hangkau, der reichen Handelsmonopole entfernt.

Kein Kompromiß, aber Kriegs-verbrecherlisten

Die Gespräche über einen Kompromiß in China nehmen zu. Allerdings nicht bei de-

nen, die in China allein die Macht dazu in der Hand haben. Das sind die Kräfte der demokratischen Volksfront unter der Führung der Kommunisten. Sie bestimmen das Gesetz des militärischen Handelns und des politischen Geschehens. Die Trümmer liegen in ihrer Hand. Mit den Trägern des Tschiangkaischek-Regimes gibt es kein paktieren. Diese müssen in China abtreten. Die eindeutigste Antwort der Kommunisten auf Kompromiß-Fühler aus diesen Kreisen ist die Veröffentlichung einer chinesischen Verbrecherliste, an deren Spitze Tschiangkaischek, seine Frau, General Huangwei, die ehemaligen Ministerpräsidenten Kung und Soong stehen.

Nicht Hitler — Tschiangkaischek spricht!

Je schwächer Hitler, je geschlagener er war, umso stärker wurden seine Worte. Dies scheint auch auf Tschiangkaischek zuzutreffen. Die „Neue Zeitung“ veröffentlicht von ihm „eine Darstellung der Lage in China“. Der Schlusssatz lautet: „Wenn ich einmal ein Unternehmen begonnen

habe, dann führe ich es auch durch. Wenn ich eine Verantwortung oder ein Amt übernehme, überlege ich mir vorher die Folgen. Ich bin fest entschlossen, die Verantwortung ohne Rücksicht auf Rückschläge, Schwierigkeiten und Niederlagen in ihrem ganzen Umfange zu tragen. Ich glaube, ich habe das in den Feldzügen und Kriegen der letzten 30 Jahre ausreichend bewiesen.“ Zum Unglück des chinesischen Volkes zu lange. Aber die Herrschaft Tschiangkaischeks zählt nicht mehr nach Jahren, sondern nur noch nach Tagen.

Juden kämpfen um das Negeb-Gebiet

Jüdischerseits wird behauptet, daß Ägypten es abgelehnt hätte, Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden im Negeb-Gebiet zu führen. Die jüdischen Streitkräfte kämpfen mit stärkstem Einsatz, um das Negeb-Gebiet in ihren ausschließlichen Besitz zu bringen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß an den anderen Frontabschnitten Palästinas die Kämpfe gleichfalls wieder aufleben.

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist die Geschichte von Klassenkämpfen, Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endet oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.
(Aus „Kommunistisches Manifest“ von Marx-Engels)

Unter der Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin sammelten sich im ganzen Lande unter dem Namen „Spartakus“ die Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Verrat der sozialdemokratischen Grundsätze durch die reformistischen Führer der Sozialdemokratie. Ihrer Bewilligung der Kriegskredite, ihrem Burgfrieden mit den imperialistischen Kriegsverbrechern und der dadurch verursachten Spaltung der Arbeiterklasse rief

Die Gegenwehr wurde blutig unterdrückt, jeder, bei dem eine Waffe gefunden wurde, standrechtlich erschossen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden als wehrlose unbewaffnete Gefangene von Freikorpsoffizieren Viehisch mißhandelt und ermordet.

Das Jahr 1923

Je freierbieger der Kapitalismus mit Zucht und blauen Bohnen ist, um so weniger vermag er dem arbeitenden Volk das karge Brot zum Leben zu geben. Die kapitalistische Wirtschaftspolitik führte zu einer immer stärkeren Geldentwertung. Verschärft wurden Wirtschaftskrise und Inflation noch durch die Ruhrbesetzung im Jahre 1923. Weil die deutschen Großkapitalisten die Reparationslieferungen sabotierten, ließ die französische Regierung das Ruhrgebiet durch ihre Truppen besetzen und die Reparationen mit Gewalt entreiben.

Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands standen Seite an Seite gegen die Ruhrbesetzung. Die deutschen Kommunisten standen an der Spitze des Abwehrkampfes gegen die Separatistenaufrüchte, die das Rheinland und Ruhrgebiet von Deutschland abtrennen und zu einem französischen Vassallenstaat machen wollten. So kämpfte die KPD mit der Tat für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands.

Die Kommunistische Partei hatte sich trotz aller Verfolgungen gefestigt und durch ihr unermüdliches Eintreten für den gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung das Vertrauen vieler Schaffenden erworben. Schon im Dezember 1920 hatte die Mehrheit der USP ihre Vereinigung mit der Kommunistischen Partei vollzogen. Hunderttausende von linken USP-Arbeitern hätten die Reihen der Vereinigten KPD verstärkt, unter ihnen auch Ernst Thälmann.

Die Lage hatte sich so zugespitzt, daß eine revolutionäre Situation heranreifte. Die Massen wollten nicht mehr so weiterleben, und die Bourgeoisie und die Regierung konnte nicht mehr mit den bisherigen parlamentarischen Mitteln ihre Macht aufrechterhalten. Der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und den faschistisch-konterrevolutionären Kräften spitzte sich immer mehr zum Kampfe um die Macht, um die Regierungsgewalt zu. Die Reaktion hielt am 23. September 1923 einen Großkampftag in Nürnberg ab und bereitete von Bayern aus den Marsch auf Berlin vor. Im Norden trafen die reaktionären faschistischen Gruppen ebenfalls Vorbereitungen für einen Putsch.

Am 21. September 1923 erließ die KPD einen Aufruf zur Vorbereitung des politischen Massenstreiks für die Schaffung einer Arbeiter- und Bauernregierung. Zugleich wurde ein Einheitsfrontangebot an die Führer der SPD und des ADGB mit dem Ziel gemacht, eine gemeinsame Aktion zur Behebung der ungeheuren Not der Arbeitermassen und zum Kampfe gegen die immer frecher zum Angriff rüstende Konterrevolution durchzuführen. Das Angebot wurde abgelehnt. Am 21. Oktober 1923 fand in Chemnitz ein von der KPD und der linken SPD einberufener Reichsarbeiterkongreß statt, auf dem der von den Arbeitermassen geforderte Generalstreik als einheitliche revolutionäre Aktion beschlossen werden sollte. Aber im Verlauf der Konferenz erklärten sich die linken SPD-Führer auf Grund hinterhältiger Beruhigungsmanöver

Das wachsende Vertrauen in diese Politik der KPD zeigen die Ergebnisse der Reichstagswahlen. Von 1924 bis Mitte 1932 gewann die KPD rund 2 Millionen neue Stimmen, sie konnte damit nicht nur den Stimmenverlust der SPD gutmachen, die in der gleichen Zeit 1,2 Millionen Stimmen verlor, sondern darüber hinaus noch den Stimmenanteil der Arbeiterparteien vergrößern.

Vor der Aufrichtung der Hitler-Diktatur

Durch ihre verlogene Agitation hatten die Nazis bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 rund 6,4 Millionen Stimmen erzielen können; ihre Mandatsziffer war auf 107 Sitze emporgeschwollen. Die Aufgabe der KPD hätte nun darin bestehen müssen, ihre ganze Politik auf die Verhinderung der Pläne des Monopolkapitals einzustellen und die Absichten der Bourgeoisie durch die Schaffung der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse zu durchkreuzen. Statt dessen ließ sich die Partei durch die Hetze sozialdemokratischer Führer gegen die Kommunisten und durch die Unterdrückungsmaßnahmen sozialdemokratischer Polizeiminister und Polizeipräsidenten von dieser Aufgabe ablenken und dazu verleiten, den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Vordergrund zu stellen. Dieser taktische Fehler der Partei wurde durch die Beteiligung an dem von den Nazis gegen die Preußenregierung herbeigeführten Volksentscheid vom 9. August 1931 noch verschlimmert. Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid wurde von den sozialdemokratischen Massen als ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Nazis aufgefaßt und erleichterte es dadurch den sozialdemokratischen Führern, die Angebote der Kommunisten zur Herstellung der Einheitsfront zurückzuweisen. So sehr auch der Einfluß der KPD auf die Massen in dieser Zeit zunahm, so trugen doch die Fehler der Partei dazu bei, daß es ihr in jener entscheidenden Etappe nicht gelang, die einheitliche Kampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen.

Bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 entfielen auf Hitler 13,4 Millionen Stimmen, während Hindenburg 19,3 Millionen Stimmen erhielt. Die Zahl der Erwerbslosen betrug nach amtlichen Mitteilungen bereits 6 Millionen. Am 30. Mai 1932 wurde die Brüning-Regierung gestürzt. An ihre Stelle berief Hindenburg das sogenannte Kabinett des Herrenklubs, die Papen-Regierung, die am 20. Juli in Preußen zum offenen Staatsstreich ausholte und die Preußen-Regierung ihres Amtes enthob, darunter die zwei Sozialdemokraten Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing sowie ferner den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski.

Der 30. Januar 1933

Als am 30. Januar 1933 bekannt wurde, daß Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden war, wandte sich die KPD erneut an die Führer der SPD und der Gewerkschaften mit dem Angebot, an die Arbeiterschaft einen gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik zu richten, um die Einsetzung der Hitlerdiktatur zu verhindern. Die Verhinderung der Hitlerdiktatur lag damals noch durchaus im Bereich der Möglichkeiten, weil selbst bürgerliche Kreise die Uebertragung der Regierungsgewalt an Hitler ablehnten. Aber auch jetzt wiesen die Führer der SPD und der Gewerkschaften das Angebot zurück. Sie erklärten, abwarten zu wollen, ob Hitler die dem Reichspräsidenten in die Hand beschworene Weimarer Verfassung respektieren werde, und welches Resultat die zum 5. März ausgeschriebenen Neuwahlen des Reichstages zeitigen würden. Das war natürlich nur eine faule Ausrede. In Wirklichkeit fürchteten die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eine Generalstreikaktion, die zusammen mit den Kommunisten durchzuführen gewesen wäre; sie fürchteten eine solche Aktion mehr als die Errichtung der Hitlerdiktatur, unter der sie doch irgendwie noch eine Betätigungsmöglichkeit zu behalten hofften.

Dimitroff — Symbol des Widerstandes

Die schwersten Opfer in der nun beginnenden Nazidiktatur trug die Kommunistische Partei. Fast alle ihre Funktionäre und aktiven Mitglieder, an der Spitze ihr Vorsitzender, Ernst Thälmann, wurden verhaftet, hunderte ermordet, zehntausende mißhandelt, in die Konzentrationslager gesperrt oder zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Aber auch in den Folterkellern der SA und SS und vor den faschistischen Blutgerichten blieben die Kommunisten ihrer Bluts treu.

Ein leuchtendes Beispiel der Unerschrockenheit und Ueberzeugungstreue gab der bulgarische Kommunist Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß. Fünf Monate lang in seiner Untersuchungsstelle von der Außenwelt isoliert, Tag und Nacht an Händen und Füßen gefesselt, erwieb er sich in der Gerichtsverhandlung durch seinen Mut und Scharfsinn seinen Richtern weit überlegen. Der Angeklagte wurde zum Ankläger und entlarvte vor aller Welt die wirklichen Brandstifter.

Durch alle Verfolgungen konnte die Kommunistische Partei wohl gehemmt, aber niemals ganz lahmgelegt werden. In unermüdlicher, gefährlicher Arbeit wurden die zerschlagenen Organisationen wieder aufgebaut, die durch die Verhaftungen und Morde gerissenen Lücken immer wieder geschlossen. Als es der Gestapo im Dezember 1933 gelungen war, die geheime Zentraleitung der KPD in Berlin zu verhaften, glaubte sie die Partei für lange Zeit lahmgelegt zu haben. Aber schon vier Wochen später mußten die Spürhunde von Göring und Goebbels ihren Auftraggebern berichten, daß eine neue Leitung in Bildung begriffen war und die Verbindung zu den Organisationen im In- und Auslande aufgenommen hatte.

Ende 1934 schätzte die Gestapo die Zahl der aktiven Mitglieder in der illegalen kommunistischen Organisationen auf mehr als 50 000.

KPD kämpft um die Einheit aller Hitler-Gegner

Weil die Arbeiterschaft gespalten war, hatte sie nicht die Kraft gefunden, Hitler den Weg zur Macht zu versperren. Um nun seine Zwingherrschaft zu brechen, war erst recht die Einheitsfront aller Antifaschisten notwendig. Auf der Reichskonferenz der KPD in Brüssel im Oktober 1935 erklärte Wilhelm Pieck, der in Vertretung des gefangenen Ernst Thälmann zum Parteivorstand ernannt war:

„Wir Kommunisten wollen die antifaschistische Volksfront aller Werktätigen schaffen, wir wollen mit den verschiedensten Schichten und allen Organisationen des werktätigen Volkes dieses Kampfbündnis für den Sturz der faschistischen Diktatur schaffen. Alle der Hitlerdiktatur feindlichen Kräfte müssen für deren Sturz eingesetzt werden.“

Im Kampfe gegen den Hitlerkrieg

Die KPD tat alles, um den Volksmassen die große Gefahr des Krieges aufzuzeigen. Das geschah besonders durch eine umfassende Resolution, die auf der vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 tagenden Parteikonferenz (Bern) beschlossen wurde und in der die drohende Kriegsgefahr und die sich aus dem Krieg ergebende Wirtschaftskatastrophe dargelegt und die Massen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens aufgerufen wurden. Als den Weg dazu bezeichnete die Resolution die Schaffung der Volksfront gegen die Hitlerdiktatur, die Ausrufung einer neuen, demokratischen Republik, wobei die führende Rolle der Arbeiterklasse sowie die Notwendigkeit der Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse hervorgehoben und insbesondere die Rolle der KPD und die Verantwortung ihrer Funktionäre in der Erfüllung dieser Aufgaben dargelegt wurden. Die Richtigkeit dieses Dokumentes ist durch den weiteren Verlauf der Entwicklung, den Krieg der Hitlerbande und durch die schließliche Katastrophe Deutschlands voll und ganz bestätigt worden.

Als Hitler im September 1939 mit dem Ueberfall auf Polen den Krieg vom Zaune brach, ließ er alle Kommunisten, die nach langer Freiheitsstrafe freigelassen waren, als Vorbeugungsmaßnahme von neuem in die Konzentrationslager sperren. Trotzdem gelang es dem Faschismus nicht, die illegale KPD zu zerschlagen. Die durch Verhaftungen gerissenen Lücken wurden immer wieder geschlossen und das Netz der im Verlaufe des Krieges immer weiter ausgebaut. Die 1938 gebildete Uhrig-Gruppe z. B. hat sich, von Berliner Betrieben ausgehend, in den ersten Kriegsjahren über große Teile Deutschlands ausgebreitet und weit über 10 000 Mitglieder erfaßt.

Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei

Dem Schicksal, wie so viele andere führende Kommunisten schon 1933 bei der Verhaftung erschlagen zu werden, erging Thälmann nur, weil ihn die Nazis für ihre Propaganda mißbrauchen wollten. In einem großen öffentlichen Prozeß sollte er für alle den Kommunisten angedichteten Gewalttaten und Scheußlichkeiten verantwortlich gemacht werden. Doch die Nazis haben den Prozeß gegen Thälmann nie durchzuführen

gegen Faschismus und Krieg ihr Leben gelassen hatten. Dieses Vermächtnis hieß: Einheit — und nie mehr Wiederholung der Fehler von 1918 und 1933!

Getreu diesem Vermächtnis wies das Zentralkomitee der KPD im Juni des Jahres 1945 dem deutschen Volk den Weg zur demokratischen Neugestaltung und zog die Lehren aus dem Irrweg von Weimar und aus der Niederlage von 1933. Dieser neue Weg war der einer echten Demokratisierung Deutschlands, der Bestrafung und Enteignung aller Kriegsverbrecher, der Naziführer, Konzernherren und Junker; es war der Weg einer demokratischen Bodenreform, der Ueberführung der Betriebe der Konzernherren in Volkseigentum, einer demokratischen Schulreform, die das Bildungsvorrecht der Besitzenden für immer beseitigte; es war der Weg der demokratischen Umgestaltung der Verwaltung und Justiz und ihrer Säuberung von Naziaktivisten und Militaristen, des Mitbestimmungsrechts der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften im Wirtschaftsleben, der vollen Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.



Rosa Luxemburg gründete mit Karl Liebknecht den Spartakusbund, aus dem die KPD hervorging

Karl Liebknecht im Deutschen Reichstag sein weit in die Welt dringendes entschiedenes „Nein“ entgegen.

Die November-Revolution 1918

Am 9. November streikten und demonstrieren Millionen in ganz Deutschland. Soldaten entwarfen ihre Offiziere und schlossen sich den Demonstrationen an. Wilhelm II. floh nach Holland, die Könige und Fürsten wurden abgesetzt. In Berlin wurde die Republik ausgerufen, die kaiserliche Regierung trat zurück und ein Rat der Volksbeauftragten aus Vertretern der SPD und USP (Unabhängige Sozialdemokratische Partei, innerhalb deren der Spartakusbund eine besondere Gruppe bildete) wurde gebildet. Die örtlichen Behörden und die Polizei unterstellten sich den Befehlen der Arbeiter- und Soldatenräte, die am Abend des 9. November in ganz Deutschland die Macht in den Händen hatten.

Nur der Spartakusbund zeigte klar den Weg, die begonnene Revolution zu ihrem vollen Sieg weiterzuführen. Schon der Aufruf der ersten Reichskonferenz des Spartakusbundes am 1. Oktober sagte:

„Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht nur um Parlament, Wahlrecht oder Minister, er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“

Aber der Spartakusbund umfaßte nur kleine, zerstreute Gruppen in Deutschland. Unter dem Druck des Belagerungszustandes im Kriege, da seine Führer und aktivsten Anhänger in den Zuchthäusern und Gefängnissen saßen, war es ihm nicht gelungen, eine starke und festgefügte Organisation auszubauen. In der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich 1917 von der alten Sozialdemokratie getrennt hatte, kämpften revolutionäre, kampfbereite Sozialisten, die gemeinsam mit dem Spartakusbund den 9. November vorbereitet hatten, aber an ihrer Spitze stand eine rechte Führergruppe, die der SPD-Politik nicht mit aller Kraft und Entschlossenheit entgegentrat.

Gründung der Kommunistischen Partei

Die Arbeiterklasse konnte in ihrem Kampf um den Sozialismus nur siegen, wenn sie eine kühne und zuverlässige Führung durch eine zielklare, festorganisierte, starke Partei hatte. Darum wurde aus den Reihen des Spartakusbundes am Jahresende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet.

Die treuesten, selbstlosesten und begabtesten Kämpfer, die die Arbeiterklasse in Deutschland besaß, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, befanden sich unter ihren Führern.

Kaum gegründet, mußte die junge Kommunistische Partei einen Kampf auf Leben und Tod bestehen. Alle Feinde der Revolution, kaiserliche Generale und Minister, Großgrundbesitzer und kapitalistische Kriegsgewinnler, bürgerliche und sozialdemokratische Parteiführer verbündeten sich gegen die Kommunisten. Die Leute, die für ihre Kriegsgewinne und ihre Eroberungsziele Millionen Deutsche in den Tod getrieben und das deutsche Volk ausgeraubt hatten, beschimpften nun die Kommunisten als Friedensstörer, Räuber und Mörder.

Von dieser Propaganda begleitete, holte die Reaktion zum Schlag gegen die Revolution aus. In den ersten Dezembertagen ließ die Ebert-Noske-Regierung Freikorps von monarchistischen Offizieren bilden, die in Bremen, Berlin und anderen Städten auf Befehl Noskes eingesetzt wurden, um die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu entwaffnen, ihre Organisationen aufzulösen und ihre Zeitungen zu schließen.



Karl Liebknecht, Gründer des Spartakusbundes, Führer des antimilitaristischen Kampfes in Deutschland

der Reichsregierung — angeblich sollten Reichwehrruppen gegen die bayerische Regierung eingesetzt werden — gegen den Generalstreik. Unter dem Einfluß der linken Sozialdemokraten nahm auch die Führung der Kommunisten vom Generalstreik Abstand und half mit, die Niederlage der Arbeiterklasse zu besiegeln. In Erwartung des Generalstreikbeschlusses der Konferenz waren schon entsprechende Anweisungen nach Hamburg gegeben worden, wo am 23. Oktober 1923 unter Führung von Ernst Thälmann ein bewaffneter Aufstand der Arbeiterschaft ausbrach, der aber nach heidenhaftem Kampf als isolierte Aktion zusammenbrach. Die Reichsregierung setzte die militärische Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen ein und trieb die auf Grund parlamentarischer Mehrheitsbeschlüsse aus Vertretern der linken SPD und der Kommunisten gebildeten Regierungen mit Waffengewalt auseinander.

Schon in den Konjunkturjahren 1925 bis 1929 war die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt von 600 000 auf 1 200 000 gestiegen. 1930 betrug sie bereits 3 Millionen und erreichte Mitte 1932 einen Höchststand von 7 Millionen.

Allein die Kommunisten verteidigten innerhalb und außerhalb des Parlaments die Lebenshaltung und die politischen Rechte der Werktätigen. Sie setzten sich in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten dafür ein, daß sich die Arbeiter und Angestellten mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln gegen die Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen wehrten.



Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD von 1925 bis zu seiner Ermordung durch die Nazis im Jahre 1944

Aber diese demokratische Umwälzung war nur herbeizuführen, wenn die Arbeiterklasse in einer mächtigen, auf dem Boden des revolutionären Marxismus kämpfenden Partei geeint war und wenn sie zusammenarbeitete mit anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien. Deshalb forderte die KPD die Einheit der Arbeiterklasse und die Zusammenarbeit aller ehrlichen demokratischen Kräfte. In der Ostzone, wo die Besatzungsmacht diesen Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg legte, wurde denn auch das Vermächtnis der Toten des antifaschistischen Widerstandes, die politische Einheit der Arbeiterklasse, in der Sozialistischen Einheitspartei zur Wirklichkeit und dank dieser Einheit gelang es, jene unwalzenden Reformen durchzuführen, die die Grundlage für eine echte Demokratie bilden.

In Westdeutschland jedoch wollen bürgerliche und sozialdemokratische Parteiführer noch einmal den gleichen Weg gehen, der nach 1918 zu Faschismus und Krieg geführt hat.

Die Arbeiterschaft hat diese verhängnisvolle Entwicklung seit der Kapitulation nicht verhindern können, weil sie durch die Spaltungspolitik der SPD-Führer geschwächt ist. Wieder schreien alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker nicht von der großkapitalistischen Reaktion, sondern nur „von der durch die Kommunisten drohenden Gefahr“. Wieder tarnen sie ihre volksfeindlichen Pläne mit Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die sowjetische Besatzungsmacht.

„Und der Sieg wird unser sein!“

Getreu ihrer ruhmreichen Tradition im Kampfe gegen Faschismus und Krieg, für die wahren Interessen unseres Volkes, kämpft die KPD heute als einzige Partei gegen die abenteuerliche Wirtschaftspolitik des bizonalen Wirtschaftsrates, für die die CDU, die LDP, das Zentrum und die SPD-Führer verantwortlich zeichnen. Als einzige Partei führt sie den Kampf für höhere Löhne und Gehälter und das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen, für die Enteignung der Konzernherren und Großgrundbesitzer.

Und schließlich kämpft allein die Kommunistische Partei in Westdeutschland gegen die Aufspaltung Deutschlands, gegen die Errichtung eines reaktionären westdeutschen Separatstaates, der in einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock einbezogen werden soll, kämpft sie für das alte Ziel der deutschen Arbeiterschaft — die eigene, unteilbare demokratische Republik.

Im Geiste ihrer großen Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Ernst Thälmann, getreu dem Vermächtnis ihrer Zehntausenden von den Schergen der kapitalistischen Gesellschaft Ermordeten wird die Kommunistische Partei stets bleiben, was sie seit ihrer Gründung gewesen ist: die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse:

- die Partei der Unterdrückten und Ausgebeuteten;
- die Partei der fortschrittlichen Bauern, Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Geistesgeschaffenden;
- die Partei des konsequenten Klassenkampfes gegen Kapitalherrschaft und Reaktion;
- die Partei des Kampfes gegen Krieg und Völkerverhetzung;
- die Partei des Kampfes um eine Demokratie ohne Großkapitalisten und Großgrundbesitzer;
- die marxistische Partei des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus, um die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, um den Sozialismus!



Clara Zetkin, Schöpferin der sozialistischen Frauenbewegung und Mitbegründerin der KPD

gewagt. Ohne Gericht und ohne Urteil blieb Thälmann 11½ Jahre lang in der Gefängniszelle begraben. Was hätten die Nazis für ein „Geständnis“, ein „Schuldbekenntnis“ des Führers der KPD gegeben. Aber Thälmann, dreifach bewacht, von allen Genossen abgeschnitten, nur auf sich selbst gestellt, blieb gegen alle Drohungen und Versprechungen seiner Ueberzeugung treu. Die Machthaber des Dritten Reiches fürchteten ihren Gefangenen. Als sie im fünften Kriegsjahr ihre Herrschaft wanken fühlten, ließen sie Thälmann im Krematorium des Konzentrationslagers Buchenwald meuchlings ermorden. Zu feige, sich zu ihrer Tat zu bekennen, logen sie, Thälmann sei einem Luftangriff zum Opfer gefallen. Aber der mutige Kampf und Tod des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands ist nicht umsonst gewesen. Für viele Millionen Menschen in aller Welt wurde sein Name zum Symbol des anderen, besseren Deutschlands, das den Verbrechen des Dritten Reiches widerstand hat. Sein Beispiel ist Ansporn für alle Kommunisten, ihr Bestes einzusetzen für Leben und Freiheit des stützenden deutschen Volkes.

Im Kampfe für die demokratische Neugestaltung

Als nach dem Zusammenbruch des Faschismus Zehntausende von Kommunisten aus den Folterhöhlen des Hitlerregimes, aus den Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Gefängnissen und aus der Verbannung zurückkamen, brachten sie das Vermächtnis der Toten mit, der Märtyrer, die im Kampfe

Der rechte Weg im Neuen Jahr!

Rastend an des Jahres Schwelle Sucht das Volk den rechten Weg. Ob aus Fernen Licht und Helle Leuchten ihm zum Rettungsteg? Alle Straßen sind zerrissen Von der Zeit Vernichtungsspur, Die in Krüften, Kratern, Rissen Zeigt von Blut und Gräusen nur. Tiefstes Tal und steilste Höhen Hören der Verzweiflung Fluch: Ueber unserm Volke wachen Grabgestank und Pestdruck. Eitler Demagogen Ziele Zwängen es auf falschen Pfad: Erst des Abgrunds Todeskühle Offenbart ihm den Verrat. Die sich fühlten noch als „Sieger“ Bis zum allerletzten Tag, Die betrogenen Betrüger Traf des Fatums harter Schlag, Und das Volk, noch blind vor Schmerzen Gibt sich hin dem Hoffnungsrahn, Denkt mit plüßigem Kinderherzen, Daß die neue Zeit bricht an! Kaum den „letzten Schreck“ bezwingend, Sieht es neuer „Führer“ Schar, Umgefärbte Banner schwingend, An der Spitze — wie es war! Nach dem „Fragebogenlieber“ Nun „politisch einwandfrei“ Ist jetzt ihre Angst vorüber: Einer sprach den andern frei Sitzen in den alten Würden, Staat und Wirtschaft in der Hand, Pferchen in Gesetzeshürden Wieder deutsches Volk und Land. Volk! Wach! auf! Des Jahres Wende Schärft Dir der Erkenntnis Blick: Schau ihnen auf die Hände, Sonst ist neu verspielt Dein Glück! Sklavensohn Dein ganzes Leben Von der Wiege bis zum Grab Ist Dein Los! Mußt zehnfach geben, Was man Dir zur Notdurft gab, Für die Herren Dich zu schinden Zwingt Dich ihr Gesetz und Recht; Ihren Reichtum neu zu gründen Sollst Du Karpen sein — sie Hecht! Duld' es nicht! Deut' die Fanale Brennend rot am Horizont Richtig, denn es sind Signale: „Sammeln in der Freiheit Front!“

Die Kirche steht nicht dort, wo sie stehen müßte

Erika Buchmanns offener Brief an den Kardinal Spellman

Die Leiterin des Frauensekretariats der KPD der Westzonen, Erika Buchmann, richtete an den amerikanischen Kardinal Spellman, wegen seines Hirtenbriefes gegen den Kommunismus, einen offenen Brief. In dem offenen Brief heißt es u. a.: „Sie sind in Ihrem Hirtenbrief, Herr Kardinal, von den gewohnten Angriffen auf die kommunistische Bewegung und die kommunistischen Parteien zu einem Angriff auf die einzelnen Kommunisten übergegangen. Die Art Ihres Angriffes schlägt dem Gebot ins Gesicht, das verlangt: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, aber ich verstehe, daß Sie das tun. Sie wissen sehr wohl, daß die saubere menschliche Haltung zahlloser Kommunisten und Ihr mutiger Einsatz für ihre Heimat, ihr Volk und ihre Weltanschauung auch solchen Männern und Frauen große Achtung abringen, die den Kommunismus ablehnen. Sie fürchten mit Recht, Herr Kardinal, daß daraus gute menschliche Beziehungen zwischen diesen Kommunisten und Andersdenkenden entstehen oder erhalten bleiben, die dem Kampf gegen die kommunistischen Ideen, so wie Sie ihn führen und wünschen, die Schärfe nehmen könnten.“

„Sie sagen, Herr Kardinal, daß der Mensch für die Freiheit geschaffen worden sei, aber gleichzeitig wollen Sie einen gesellschaftlichen Zustand aufrechterhalten, der die Menschen zu Sklaven einer kleinen herrschenden Schicht macht. Sie erklären sich damit einverstanden, daß Millionen um ihre primitivsten Menschenrechte betrogen werden, nämlich um das Recht auf Nahrung, Kleidung, Arbeit und Frieden. Betrogen aber werden sie von einer kleinen Minderheit, von der es in Jacobus 5, Vers 1 schon heißt: „Wohlan ihr Reichen, weinet und heulet über Euer Elend, das über Euch kommen wird. Siehe der Arbeiter Lohn, die Euer Land eingekerkert haben, der von Euch abgebrochen ist, der schreit zum Himmel.“ Sie sagen weiter, Herr Kardinal, daß der Mensch für den Frieden geboren sei, aber Sie wollen einen Zustand aufrechterhalten, der die Menschheit in ihrer langen Geschichte von einem Krieg in den anderen gestürzt hat, der alle aufglühenden Hoffnungen immer wieder in grausamen Metzereien ersticke, die, wie Sie sagen, „alle Bande von Blut und Herz zerrissen“, und all dies zu keinem anderen Zweck als den Machtanspruch und die Gewalt einer unverhältnismäßig kleinen Minderheit zu sichern. Gegen diesen endlosen Turnus von Krisen und Kriegen setzen sich immer größere Kreise der gequälten Menschheit zur Wehr. Wir Kommunisten stehen in diesem Kampf an der Spitze. Wenn die Kirche ihren Lehren entsprechend handeln würde, müßte sie mit uns eins sein und das tun, was der evangelische Theologe Prof. Hromádka auf dem Welttag der Kirchen im Herbst dieses Jahres in Amsterdam sagte: „Es ist die Aufgabe der christlichen Kirchen, alle ihre Mitglieder und die übrige Menschheit aufzurufen, für eine bessere Gesellschaftsordnung zu arbeiten, die den wirklichen Erfordernissen des Augenblicks besser entspricht. Man muß mit der geistigen und materiellen Herrschaft des kapitalistischen Westens brechen, um den in der Sowjetlehre verankerten Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen.“

„Unsere Kinder lehren wir Nächstenliebe, indem wir ihnen die Not ihrer Nächsten zeigen, aber auch deren Ursachen und die Mittel, diese Not zu beseitigen durch den Kampf gegen die Kräfte, die ihre wirtschaftliche Macht dazu mißbrauchen, die Menschenrechte mit Füßen zu treten.“

„Sie sagen, Herr Kardinal, daß der Mensch für die Freiheit geschaffen worden sei, aber gleichzeitig wollen Sie einen gesellschaftlichen Zustand aufrechterhalten, der die Menschen zu Sklaven einer kleinen herrschenden Schicht macht. Sie erklären sich damit einverstanden, daß Millionen um ihre primitivsten Menschenrechte betrogen werden, nämlich um das Recht auf Nahrung, Kleidung, Arbeit und Frieden. Betrogen aber werden sie von einer kleinen Minderheit, von der es in Jacobus 5, Vers 1 schon heißt: „Wohlan ihr Reichen, weinet und heulet über Euer Elend, das über Euch kommen wird. Siehe der Arbeiter Lohn, die Euer Land eingekerkert haben, der von Euch abgebrochen ist, der schreit zum Himmel.“

„Unsere Kinder lehren wir Nächstenliebe, indem wir ihnen die Not ihrer Nächsten zeigen, aber auch deren Ursachen und die Mittel, diese Not zu beseitigen durch den Kampf gegen die Kräfte, die ihre wirtschaftliche Macht dazu mißbrauchen, die Menschenrechte mit Füßen zu treten.“

Sucht die SPD nach einem Scheidemann oder Noske?

Professor Laski gegen die Schumacher-Führung

Die „Frankfurter Rundschau“ bringt ein Interview ihrer Sonderkorrespondentin Haag mit dem führenden englischen Sozialisten Prof. Laski über die Politik der Labour Party in England. Aus eigener Initiative brachte er am Ende des Interviews eine aufschlußreiche Bemerkung über die deutsche Sozialdemokratie. Wir zitieren die „Frankfurter Rundschau“: „Am Schluß unserer Unterhaltung hat Prof. Laski unsere Korrespondentin, noch einige Sätze den deutschen Lesern zu übermitteln: „Es erfüllt uns mit tiefem Bedauern, aus den Reihen deutscher Sozialisten seit einiger Zeit Nationalismus reinsten Wassers ertönen zu hören. Sind sie wieder auf der Suche nach einem Scheidemann oder Noske? Will man denn eine dritte Generation junger Deutscher, die nicht weiß, was Sozialismus wirklich bedeutet, wieder offen? Sie sollten nicht so sein, wie Vantillard die Deutschen darstellt, sondern begreifen, daß Sozialisten sich in erster Linie mit Sozialismus befassen müssen, auch wenn ihnen dies vielleicht sonderbar erscheinen mag. Die jungen deutschen Sozialisten werden uns in Transport House (Sitz des Parteivorstandes) immer willkommen sein. Wir werden ihnen gern dabei helfen, Sozialismus zu verstehen, wenn ihre Parteiführer nicht dazu imstande sind.“

„Ein Beispiel des „Jedermann“-Skandals Die „Frankfurter Rundschau“ demonstrierte den Skandal um die Aufträge des „Jedermann“-Programms“ sehr drastisch dieser Tage dem Frankfurter Wirtschaftsrat vor. Mit Anzügen der Textilfirma Alfons Müller, Wipperfurth, bekleidet, die diese zum Preise von 68,50 D-Mark (Verkaufspreis für das „Jedermann“-Programm“ angeboten hatte, aber der Ablehnung verfielen, wurde von der Redaktion der Verwaltung des Wirtschaftsrates die Handhabung bei den Auftragserteilung und Preisbildung des „Jedermann“-Programms“ vorgeführt.“

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die zuständigen Fachausschüsse in der Auftragserteilung und Preisgestaltung schamlos ihre Interessen verfolgen, denn in den Fachausschüssen selbst sitzen die am „Jedermann“-Programm“ beteiligten Unternehmer. Billige Angebote werden abgelehnt, um ihre hohen Preise zu halten. Sie bedenken auch sich mit den Aufträgen und — was dabei wesentlich ist — mit den bevorzugten Rohstofflieferungen. Die leistungsfähige Firma Müller, Wipperfurth, ist nunmehr nach der Ablehnung ihres Angebotes und des Ausbleibens der Rohstoffzuteilung gezwungen, ihren Betrieb zu schließen. 350 Arbeiter und Arbeiterinnen sind von der Entlassung betroffen. Vielleicht wird die ganze Angelegenheit durch die Feststellung erheilt, daß die Firma Müller, Wipperfurth, keinem Unternehmerverband angehört. -II-

Wohin rollst du, Aepfelchen?

Aepfel, Nüsse, Pfefferkuchen waren einst in unseren Kindertagen der eiserne Bestand des bunten Tellers. Jahrelang waren diese Weihnachtsgenüsse unerreichbar für die Kinder des schaffenden Volkes. Das sollte ja nach der Währungsreform und im Zeichen der freien Wirtschaft anders werden. Nun stand Weihnachten vor der Tür, aber wie sah es nun aus mit den Nüssen, Aepfeln, Pfefferkuchen? Vor Monaten wurden einmal schlechte Walnüsse zu Wucherpreisen angeboten. Sie sind schon lange vom Markt verschwunden. Welcher kinderreiche Haushalt hat genug Brotmarken und Zuckermarken für Pfefferkuchen übrig? Es gibt natürlich auch „markenfreie“ Ware — zu Wucherpreisen! Die Aepfel, die vor einigen Wochen „nur“ 55 bis 60 Pfennig kosteten, sind jetzt nicht unter 80 bis 90 Pfennig zu haben. Womit ist diese „saisonmäßige“ Preissteigerung zu begründen? Warum müssen die Aepfel im Dezember 40 Prozent teuer sein als wie im November? Ein Großhändler, der 1000 Zentner im Vorrat hatte, gewann damit einen „saisonmäßigen“ Wertzuwachs seines Lagers um 35.000,— DM. Wie wäre es, wenn auch der Arbeiter und Angestellte eine „saisonmäßige“ Lohnsteigerung von 40 Prozent verlangen würde, um mit der saisonmäßigen Preistreiberei mitkommen zu können? Argus

Gans, du hast den Fuchs betrogen

Im „Mannheimer Morgen“ entrüstete sich ein Herr Dr. G. aus Ludwigshafen ganz fürchterlich, daß er in einer in einem Mannheimer Delikatessengeschäft für 10,50 DM gekaufte Gänsebratenkonserven nur 50 g Gänsefleisch vorfand. Sein Kneifall hat bei allen schaffenden Menschen helle Freude erweckt, denn wer solche Wucherpreise zahlen kann, gehört gewiß auch zu denen, die mit dem Schweiß anderer ihre Delikatessen verdienen. Daß dieser Gänsebraten-Wucher durch Beschlagnahme der Konserven und Bestrafung der Erzeuger und Verkäufer geahndet wird, braucht Herr Dr. G. nicht zu befürchten. Wenn er sich also nach dieser Kostprobe zu Weihnachten 50 solche Gänsebratenkonserven gekauft hätte, so hätte er eine 5-Pfund-Gans für nur 525,— DM „frisch aus der Dose“ und hat dabei noch die Mühe und die Kosten des Mästens und Schlachtens gespart. Muß man Herrn Schlange-Schönigins nicht dafür loben, daß er befohlen hat: „Frei ist die Gans“? Wir kennen als Kinder ein Spiel: „Alles was Federn hat, fliegt hoch!“ Daß die Gans einmal so hoch fliegen würde, hätten wir uns nicht träumen lassen. Denn damals konnte sich auch der Arbeiter eine Weihnachtsgans für 3 Reichsmark leisten. Mit diesem Unglück wurde nun endlich Schluß gemacht. Uebrigens ist Schlange-Schönigins jetzt bei der SPD sehr beliebt. Argus

Weihnachtsgedichte

Weihnachtsgedichte sind uns in großer Anzahl auf den Redaktionstisch geschneit. Bekannte und unbekannte gelegentliche Mitarbeiter haben sich der Mühe unterzogen, auf Weihnachten ein Gedicht für das „Badische Volksecho“ zu schreiben. Dies, wie auch die Tatsache, daß es unaufgefordert geschah, weiß die Redaktion zu schätzen. Die Verfasser der Gedichte werden nicht enttäuscht sein, daß unter den vielen nur eines erschienen ist, und zwar das, das wir für das beste halten. Die Redaktion.

Der Druckfehlerteufel

In unserem Artikel „Der Kulturpfennig“ hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. An Stelle ... denn die Entscheidung eines legalisierten Landtages... muß es heißen: „denn die Entscheidung eines legalisierenden Landtages“, um dem Satz den richtigen Sinn zu geben.

Löhne und Preise

von Hermann Nuding, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

auch „Weltmarktlöhne“ erhalten. Aber davon wollen die Herren des Wirtschaftsrates nichts wissen. Während sie täglich beteuern, die Preise würden Kraft des Marktgesetzes von selbst sinken, schlagen sie ganz andere Töne an, wenn es um die Löhne geht. Hier verlangen sie, daß die Löhne auf keinen Fall erhöht werden. Die freien Mißwirtschaftler sagen, Lohnerhöhungen ziehen Preiserhöhungen nach sich. Das ist das alte Lied von der „inflationistischen Spirale“. Gewiß, wenn man den Unternehmern erlaubt, die Lohnerhöhungen auf die Preise zu schlagen, dann wird mit jeder Lohnerhöhung automatisch eine Preiserhöhung eintreten. Aber warum kommen die Kapitalisten nie auf die Idee, ihre Riesenprofite herabzusetzen? Schenken wir uns die Preisentwicklung seit Juni an. Waren es Lohnerhöhungen, die die Preise in die Höhe getrieben haben? Wenn dem so wäre, dann müßten die Preise heute sehr niedrig sein, denn die Nominallöhne der Arbeiter sind nur um wenige Prozent gestiegen, ja bei einzelnen Kategorien sind sie sogar gesunken worden. Wenn außerdem die Feststellung Erhards wahr ist, daß die Arbeiter nach der Währungsreform mehr leisten als vorher, dann ist es um so seltsamer, daß diese Mehrleistung bei nahezu gleichem Lohn nicht Preissenkungen herbeigeführt hat. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften hat in einer Zeitschrift an das „Handelsblatt“ (10. 12. 1948) festgestellt, daß die Preissteigerungen seit der Währungsreform weit höher liegen, als dies die amtlichen Zahlen behaupten. Die Berechnungen der Gewerkschaften ergeben eine Steigerung des gesamten Lebenshaltungsindex von Juni bis Oktober um etwa 18 Prozent — dreißigmal so viel wie die amtliche Lesart. Ein Vergleich mit 1937 ergibt, daß heute für den niedrigsten Lebensbedarf pro Mann und Kopf 100 Prozent mehr ausgegeben werden. So steht es um den Reallohn der Arbeiterschaft.

Bei dem Proteststreik der Gewerkschaften am 12. November haben die Arbeiter erkannt, daß es falsch ist, nur gegen Preiserhöhungen zu protestieren, ohne Lohnerhöhungen zu fordern. Sie haben aber gleichzeitig erkannt, daß die Lohnfrage, allein gestellt, nicht mehr ausreichen wird, um die verhängnisvolle Preispolitik zu bekämpfen. Deshalb stellten sie in mehreren Betrieben mit Recht die Frage der Lohnerhöhung in Verbindung mit dem Mitbestimmungsrecht. Das ist die richtige Antwort auf die bizonale Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter werden nicht an ihr Ziel kommen, wenn sie nur gegen die Preissteigerungen protestieren und sich nicht das Mitbestimmungsrecht erkämpfen. Das volle Mitbestimmungsrecht aber wird von den deutschen Kapitalisten mit Hilfe der Besatzungs-

mächte selbst dort verweigert, wo es im Einklang mit den bestehenden Verfassungen durch demokratisch gewählte Mehrheiten in den Parlamenten beschlossen wurde. Damit ist klar, daß der Unternehmer weiter „Herr im Hause“ und der Lohn- und Gehaltsempfänger weiter Knecht bleiben soll. Es ist deshalb unverständlich, daß angesichts der Mißachtung der gesetzlichen Rechte durch deutsche und ausländische Mächte die Gewerkschaftsführung sich im Kampf für die Interessen der Arbeiter noch Zurückhaltung auferlegt, die nur zu Illusionen Anlaß gibt, und damit die Kampfkraft der Arbeiter schwächt. Nahezu sechs Monate kämpfen die Arbeiter um die Herabsetzung der Preise und werden genau so betrogen wie vor der Währungsreform, wo sie gegen Kompensationsgeschäfte und Warenhortung kämpften. Es gibt jetzt nur einen Ausweg, um die Unternehmer und die reaktionären Wirtschaftspolitiker in Frankfurt zur Aenderung ihrer Politik zu zwingen, und das ist der Kampf um höhere Löhne und das volle Mitbestimmungsrecht. Die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten haben lange genug Opfer gebracht. Sie haben die Warenlager und Schaufenster gefüllt. Sie haben den Verkehr in Ordnung gebracht und haben die Kohle gefördert. Sie haben uneigennützig dem ganzen Volke gedient. Was aber haben die Unternehmer in dieser Zeit getan? Sie waren auf ihre Profite und die Festigung ihrer Klassenposition bedacht. Sie haben einen brutalen Interessenkampf um ihre Vorrechte geführt. Der Arbeiterschaft bleibt angesichts dieser Lage nichts anderes übrig, als den Kampf gegen die hohen Preise zu führen, indem sie höhere Löhne fordern.

Meine Meinung Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser denken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Der Sturm im Wasserglas

Die Lizenzpresse im demokratischen Musterlande schäumt vor Wut. Noch nie seitdem sie durch die Gunst der Militärregierung frühe Urstände feiern durfte — übrigens jetzt bereits mit einem ansehnlichen Stab ehemaliger Propagandisten der verlossenen Nazipresse aufgefrischt — hat sie derartig vom Leder gezogen und geradezu aufrührerische Reden gedruckt. Da wird mit dem Staatsgerichtshof gedroht, da wird ein Verfassungsverstoß festgestellt, da wird von einem Ausnahmegesetz gegen einen Berufsstand geschrieben, ein „unsoziales“ und „undemokratisches“ Verhalten der Regierung und des Landtages gebrandmarkt, da werden sogar die Leser zum „heiligen Krieg“ gegen das verwerfliche Gesetz aufgeputscht und so nebenbei die Hoffnung ausgedrückt, daß die Militärregierung mit ihrem Veto das Attentat auf den Geldbeutel der Lizenzpresse vereiteln werde. Ja, das ist es, was die Lizenzpresse so außer sich vor Wut gebracht hat. Nicht etwa Belange des Volkes, nicht die bittere Not, die schreiende Ungerechtigkeit, die unsoziale Wirtschaftsführung, der schamlose Wucher, die erbarmungslose Preistreiberei, das Schindluder, das mit der politischen und wirtschaftlichen Zukunft des deutschen Volkes durch die Spalter und die Drahtzieher hinter den Kulissen getrieben wird, nicht diese „letzten Dinge“ des deutschen Volkes und Reiches berührenden Ereignisse und Gefahren sind es, die solche Funken des Aufruhrs in der treu ergebenden, gehorsamen Seele der Lizenzpresse entfachten, sie zu einer geradezu „revolutionären“ Sprache herausforderten. Eine Presse, die zu der „Ueberrumpelung“ des deutschen Volkes mit restloser Enteiung, freier Wirtschaft, grenzenlosem Preiswucher, Lastenausgleich und Jedermann-Schwindel usw. zustimmend genickt oder mindestens diskret und diplomatisch geschwiegen hat, sie schreit nun Zeter Mordio, weil sie den „Kulturgrochen“ zahlen soll. Zur Sache selbst ist wenig zu sagen. Das Gesetz hat alle Anzeichen einer durch irgendeinen Schock ausgelösten Frühgeburt und dürfte ohne den voraussichtlichen vorerhaltenen Segen der Militärregierung kaum lebensfähig werden. Die Lizenzpresse kennt also wahrscheinlich offene Türen ein aber diese Frage muß und darf man doch stellen: Warum sind die sonst so begeisterten Propagandisten für „Notopfer“ aus anderer Taschen in diesem Falle so heftig dagegen? Es geht diesmal eben an den eigenen Geldbeutel und da hört natürlich die Gemütslichkeit auf — und der Spektakel beginnt. Ein kleiner „Kulturkampf“ in Sicht? Wir wollen die Sache nicht tragisch nehmen — irgendetwas wird die „Demokratie in Gefahr“ schon gerettet werden. Sie verstehen sich ja sonst so gut, die Hüter der Demokratie. Argus

Gewerkschaftsbund Weinheim

Allen Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftlern danken wir für die im Jahre 1948 geleistete Arbeit und wünschen ihnen ein gutes, glückliches, von Erfolgen begleitetes neues Jahr. Möge die Zusammenarbeit im neuen Jahr noch enger und besser werden. Allen noch nicht in der Gewerkschaft Befindlichen aber rufen wir zu: „Hinein in die Gewerkschaften.“ Der Vorstand.

Freude für die Alten und Jungen

Die Arbeiterwohlfahrt Innenstadt hat auch in diesem Jahre trotz der bescheidenen Mittel, die ihr zur Verfügung standen, etwa 95 alten Leuten und 70 Kindern, bei Kaffee, Kakao und Kuchen zu Weihnachten einige frohe Stunden bereitet. Die glücklichen Gesichter von Alt und Jung waren Beweis, daß man bei der Wahl die richtigen getroffen hatte. Umrahmt war die kleine Feier, die im schönen und warmen Kasino des Straßenbahndepots stattfand, von musikalischen Darbietungen, denen sich humoristische Vorträge anschlossen. Die Bäcker und Konditorgeschäfte der Innenstadt hatten zum Gelingen der Feier beigetragen. -I-

Mehr Lohn zu verlangen, heißt die Unternehmer zwingen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Das heißt aber auch, die Arbeiterschaft, und darin liegt die Aufgabe der Gewerkschaftsführung, für diesen Kampf wirklich in Bewegung zu bringen, und ihn zu verbinden mit dem Kampfe um das Mitbestimmungsrecht. Die Unternehmer und ihre reaktionären politischen Statthalter in den Regierungen haben das Mitbestimmungsrecht zu Fall gebracht. Sie tragen die Verantwortung für die heutige Preispolitik. Kämpft die Arbeiterschaft jetzt nicht, dann wird ihr Elend in den nächsten Monaten und Jahren noch größer werden, und es wird noch schwerer sein, sich zur Wehr zu setzen.

Pressestimmen

Zusammenbruch der Kolonialreiche? „Die holländische Aktion wird dem Ansehen der UNO einen stärkeren Stoß versetzen, als irgendeine der zahlreichen sowjetischen Maßnahmen. Der Konflikt wird auch das Ansehen der Westmächte im Orient erschüttern und schließlich einen Keil in die Solidarität des Westens treiben.“ — „New York Times“ Der für den Botschafterposten in Paris bestimmte indische Diplomat Dr. Pillai erklärte bei der Abreise: „Wenn der Sicherheitsrat Indonesien nicht retten kann, werden die dortigen Kämpfe nicht nur das Ende des holländischen Kolonialreiches, sondern den Zusammenbruch aller Kolonialreiche im Orient herbeiführen.“ (Nach Reuters) Also doch Handlanger Wenn anzunehmen ist, daß die in Bonn versammelten Politiker mit der Publizierung ihrer Forderungen vor allem ihre Wähler davon

überzeugen wollten, daß sie nicht gewöhnliche Handlanger der Besatzungsmächte seien, so macht es jedenfalls den Anschein, als hätten die Militärgouverneure für diese Motive ein gewisses Verständnis. Daß sie sich deshalb aber im letzten Moment noch zu grundlegenden Aenderungen im Besatzungsstatut entschließen werden, ist kaum zu erwarten. Neue Zürcher Zeitung Ruf nach dem starken Arm Angesichts der gefährlichen Hinausschiebung der westdeutschen Staatsbildung werden die außerordentlich geduldsigen Besatzungsmächte hier ebenso deutlich und unmißverständlich werden müssen, wie Clay es in Sachen der Gewerbefreiheit, der Sozialisierung und der Mitbestimmung der Betriebsräte geworden ist. Der Tagesspiegel.

Wohlthatigkeit

Kurt Tucholsky

Siehl Da steht das Erholungsheim einer Aktiengesellschaftsgruppe; morgens gibt es Haferschleim und abends Gerstensuppe. Und die Arbeiter dürfen auch in den Park. Gut! Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark —?

Sie reichen euch manche Almosen hin unter christlichen, frommen Gebeten; sie pflegen die leidende Wöchnerin, denn sie brauchen ja die Proleten. Sie liefern auch einen Armenarsarg... Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark?

Die Mark ist tausend und tausendfach in fremde Taschen geflossen; Die Dividende hat mit vielem Krach der Aufsichtsrat beschlossen. Für Euch die Brühre. Für sie das Mark. Für Euch der Pfennig. Für sie die Mark!

Proleten! Fallt nicht auf den Schwindel rein! Sie schulden Euch mehr als sie geben. Sie schulden Euch alles. Die Ländereien, die Bergwerke und die Wollfärbereien. Sie schulden Euch Glück und Leben.

Nimm, was du kriegst. Aber piep auf den Quark. Denk an Deine Klasse. Und die mach stark. Für dich der Pfennig! Für Dich die Mark! Kämpfe!

„Ich war Stalins Freund“

Was ist's, das unsern Sinn erregt? Sensation! So dachte auch die Neue Zeitung in München, als sie mit der Veröffentlichung des „Tatsachen“-Berichts „Ich war Stalins Freund“ begann. Intimitäten aus Stalins Leben — das wird ein Bombengeschäft. Kaum einer wird sich die Mühe machen, Einzelheiten zu überprüfen. Der Bericht ist auch danach. Gleich in der ersten Folge heißt es: „Zu Beginn des Jahres 1900, also im Alter von 21 Jahren, lernt Stalin den Revolutionär Kurnatowski kennen, einen der ältesten, überzeugten Bolschewisten, schließt sich der revolutionären Gruppe Lenins an und wird von dieser Zeit an ein scharfer Verfechter Leninscher Ideen“. 1900? Aelteste Bolschewisten? — Gruppe Lenin? — Nanu! Bis zum Jahre 1903 arbeiteten die Führer der russischen Sozialdemokratie von Axelrod bis Lenin gemeinsam in der Redaktion der Iskra. In diesem Jahr wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gegründet. Bei der Beratung des Statuts zeigte sich zum ersten Male die politische Gruppierung, die später unter dem Namen Bolschewiki (Minderheitler) und (Menschewiki (Minderheitler) bekannt wurden. Erst im Jahre 1912, auf der Prager Parteikonferenz, trennten sich die beiden Gruppen auch organisatorisch. — Wenn ihr, verehrte Kollegen in München, in eurer „Amerikanischen Zeitung für die deutsche Bevölkerung“ uns schon einen Kursus in russischer Parteigeschichte aufsticht, dann beachtet wenigstens eines bitte besser: erfinden! (Vst. Köln)

Gedanken über ein Arbeiterlied

Von H. Lorenz

Die Arbeiterklasse braucht in ihrem Kampf die mitreißenden Strophen revolutionärer Lieder. Das wird in unserer Sozialistischen Einheitspartei noch zu wenig beachtet. Es sind erst schüchterne Versuche festzustellen, unsere Veranstaltungen durch ein gemeinsam gesungenes Kampflied zu eröffnen und zu beschließen. Welche Lieder eignen sich nun am besten dazu, unser Wollen und unsere Bestrebungen sinnfällig zum Ausdruck zu bringen? Neben der „Internationale“ und dem Sozialistenmarsch haben wir früher in der Sozialistischen Arbeiterjugend und auch in anderen proletarischen Organisationen in Versammlungen und auf unseren Wanderungen am eifrigsten die Arbeiter-Marseillaise gesungen. Dieses Lied gehörte zum eisernen Bestandteil unseres Kampflieder-Repertoires; wir haben uns an der auftrumpfenden Melodie begeistert und den Text gedanklos mitgesungen. Das Lied verkörperte ein Stück Tradition und mußte also richtig sein. Außerdem aber fehlte uns die ideologische Klarheit, sonst wäre es uns doch aufgefallen, wie falsch der Text war und in wie schroffem Kontrast er zur marxistischen Lehre stand. Die Arbeiter-Marseillaise enthält in ihrem Text die verhängnisvolle revisionistische, opportunistische Einstellung, von der die deutsche Arbeiterbewegung bereits vor dem ersten Weltkrieg durchsetzt war und die nach ihm die bestimmende Grundlinie in der Sozialdemokratischen Partei war. Bei der Ueberprüfung unserer sozialistischen Gedankengutes aus der damaligen Zeit und nicht zuletzt bei der kritischen Bewertung unserer Kampflieder stellen wir heute fest, daß unser geistiges Rüstzeug dieselben Mängel und Fehler aufwies, wie sie die damalige Arbeiterbewegung in ihrer großen Linie hatte. Es fehlte die ideologische Klarheit im großen und auch im kleinen, vor allem auf kulturellem Gebiet. Die Arbeiter-Marseillaise ist ein recht drastisches Beispiel dafür, daß wir uns von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, abgewendet hatten. Wir sangen: „... Der Bahn der Kühnen folgen wir, die uns geführt Lassall.“ So fand hier die Verfälschung des Marxismus auch seinen liedmäßigen Ausdruck. Lassen wir uns ferner die Verse einmal durch den Kopf gehen: „... Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen.“ Der Unverstand der Massen ist ein schwerer Hemmschuh im proletarischen Befreiungskampfe, das wissen wir, aber ist es wirklich der Feind, den wir am tiefsten hassen? Ist es nicht der Kapitalismus, der Klassengegner, dem unser aller Haß zu gelten hat? Unsere marxistische Erkenntnis

hat uns gelehrt, daß die herrschende Klasse die Massen bewußt in Unwissenheit und Dummheit erhält, um sie besser ausbeuten zu können. „Die Produktion des Unverstandes und der Dummheit gehört zur Produktion des Mehrwertes“, ist einmal recht treffend formuliert worden. Daraus erwächst für uns die Aufgabe, nicht allein nur mit des Geistes Schwert den Unverstand der Massen zu durchbrechen, sondern die Wurzeln der Massendummheit zu beseitigen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Das ist Sinn und Ziel der Arbeiterbildung, die Massen zu durchdringen mit dem marxistischen Geist und sie zu befähigen, die alten Mächte zu stürzen. „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, nun wohl!“ In diesen Versen kommt die ganz verkehrte Auffassung zum Ausdruck, als gäbe es nur eines, um zum Siege zu gelangen: die Einführung des freien Wahlrechtes. Hat nicht einmal Friedrich Engels die Bedeutung des allgemeinen Stimmrechts so dargestellt: „Das allgemeine Wahlrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es auch nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch.“ 1918 wurde das freie Wahlrecht für Frauen und Männer in Deutschland eingeführt, die formale Demokratie war verwirklicht, die Besitzverhältnisse waren geblieben, und auf dem Boden der formalen Demokratie, die nur die Tarnung der Diktatur der Kapitalisten darstellt, sind wir zum Faschismus und in die größte Katastrophe unserer Geschichte, den zweiten Weltkrieg, hineingeschliddert. Wenn wir in dieser Klarheit — und wir könnten noch mehrere Beispiele anführen — die Arbeiter-Marseillaise durchleuchten, erkennen wir, wie Falsches wir besungen haben. Wir wissen heute, daß unsere sozialistische Festgestaltung noch sehr im argen liegt, daß wir auch noch nicht die Lieder haben, die im engen Zusammenhang stehen mit der Erfüllung unserer großen Wirtschaftspläne — noch werden die Herzen unserer schaffenden Menschen nicht entzündet und zur Tat entflammt durch revolutionäre Lieder und hämmernde Rhythmen von Sprechchören —, aber das eine haben wir voraus, daß wir ideologisch klarer sehen als in früheren Jahren, und wir wollen auch vorausbleiben und uns täglich in unserem Denken, Fühlen und Handeln überprüfen, ob wir noch in engster Verbindung mit der großen Verbindung des Marxismus-Leninismus stehen. Denn nur dies gibt uns die Gewähr, daß wir unsere geschichtliche Mission, die Verwirklichung des Sozialismus, erfüllen können.

Stalins Ankunft in Zarizyn

Von Alexej Tolstoi

Frühjahr 1918 war die junge Sowjetrepublik durch die Konterrevolution vom sibirischen und ukrainischen Getreide abgeschnitten. Für die letzten Vorräte aus dem Südosten, dem Wolgagebiet und dem Nordkaukasus war nur der Weg über Zarizyn noch offen; aber auf diese Stadt konzentrierten die Gegner ihre ganze Kraft. Von Lenin zum Leiter der Lebensmittelversorgung für den Süden Rußlands ernannt, kam der Volkskommissar Josef Wissarjonowitsch Stalin am 6. Juni 1918 in Zarizyn (dem späteren Stalingrad) an. Dank dem eisernen Willen und dem genialen Scharfblick Stalins wurde Zarizyn behauptet, vermochten die Weißen nicht, nach Moskau durchzubrechen. In dem Roman aus dem russischen Bürgerkrieg „Brot“ (Volk und Buch Verlag, Leipzig 1948) schildert Alexej Tolstoi diese Ankunft und die ersten Maßnahmen Stalins in anschaulichster Weise: Der Moskauer Zug lief ein. Vorn auf der Lokomotive starteten Maschinengewehrläufe, in der Mitte des Zuges erhoben drohend zwei Panzerwagen ihre Türme. Am Ende des Zuges waren Güterwagen mit Schwellen und Schienen angehängt. Als erster sprang der Kommandeur des Zuges auf den Bahnsteig; ein sehniger, junger Mensch, ganz in schwarzem Leder, die schwere Pistole an der Hüfte. Ohne jemand eines Blickes zu würdigen, verlangte er mit gebieterischer, lauter Stimme nach dem Stationsvorsteher. Jetzt entstieg dem Zuge die mit Flinten bewaffneten Moskauer Arbeiter in den verschiedensten Kostümierungen: manche nur in Kitteln, andere in Arbeitskleidung, einige in Lederjacken und umgeworfenen

Ledermänteln, — alle aber hatten die Patronentaschen umgehängt, manche auch einen Revolver. Allen gemeinsam war die abweisende Haltung in den ersten, strengen Gesichtern. Ohne ein Wort zu sprechen, ohne das übliche Scherzen und Lachen stellten sie sich längs der Wagen auf und setzten geräuschvoll die Gewehrkolben auf den Asphalt auf. Auf die Plattform eines Personenwagens trat ein Mann in mittleren Jahren in schwarzer, bis an den Hals zugeknöpfter Jacke und dunklen Beinkleidern, die in hohen, weichen Stiefeln steckten. Das magere, dunkle Gesicht war ernst und ruhig. Der ausdrucksvolle Mund vom Schnurrbart fast bedeckt. Er faßte an das Geländer und stieg, ohne sich zu beugen, die Stufen herab. Als erster erblickte ihn Moskaletow, der suchend an den Fenstern entlang geeilt war. Uebers ganze Gesicht lächelnd und mit der Hand winkend, eilte er ihm entgegen. Aufgeregt eilte jetzt auch Ehrmann herbei, vorsichtig, auf drei Schritt Entfernung sich nähernd und dann Haltung annehmend, Nossowitsch. „Guten Tag, Genossen“, sagte laut und vernehmlich Stalin, und feine Fältchen — man wußte bei ihm nie: war es das harmlose Lächeln oder ein ganz leiser Spott — spielten um seine Augenwinkel. Er begrüßte jeden der Erschienenen, ohne auch nur einen einzigen auszulassen, nicht zu warm, nicht zu kalt. Mit schnellem Blick überflog er alle Anwesenden und sagte dann mit einer einladenden Handbewegung: „Ich bitte, zu mir in den Waggon, Genossen!“ Er wandte ihnen den Rücken, stieg die Stufen empor und verschwand im Waggon, ohne sich noch einmal umzublicken.

Unmittelbar nach dieser Unterredung wurde der Salonwagen Stalins auf ein Nebengleis geschoben und an das Telefonnetz der Stadt angeschlossen. Stalin begann zu arbeiten. Zwei seiner Sekretäre, schweigsame, leise Menschen, riefen telephonisch die Vorsitzenden der politischen Organisationen und die Leiter der Dienststellen herbei. Inzwischen rüß der Strom der zum Bericht Geladenen nicht ab. Der Leiter der Zarizynyer Tscheka betrat Stalins Wagen heiter wie die Morgensonne und verließ ihn auf der anderen Seite blaß und erschüttert... Der Leiter des Eisenbahngesundheitsamtes wartete nicht erst die Einladung in den Sonderwagen ab, sondern betrat, sofort den Bahnhof und Bahnsteig zu kehren, und schickte zu diesem Zweck Boten aus, Frauen herbeizuschaffen. Auf Lastwagen traten sie bald ein, mit Besen bewaffnet und machten sich ans Werk. Aber sei es aus Aerger oder vor Angst, sie wirbelten einen solchen Staub auf, daß der Bahnhofsvorsteher von dieser Form der sanitären Maßnahmen Abstand nehmen mußte. Den ganzen Tag über kamen Menschen und fragten nach Stalin. Bald hatte er ein getreues Bild dessen, was in der Stadt, auf dem Lande und an der Front vor sich ging. In der Nacht kam die Arbeiterschaft; die Vertreter der Fabrik-Komitees und zahlreiche einzelne Arbeiter. Erst dann, als hinter dem zerbrochenen Stationszaun und hinter den ärmlichen Dächern die erste Morgenröte den östlichen Himmel färbte, erlosch das Licht an Stalins Arbeitstisch. Am Morgen wurde folgendes Telegramm abgesandt:

„An Lenin, Moskau — Kreml — Bin am sechsten in Zarizyn eingetroffen. Ungesachtet des heillosen Durcheinanders in sämtlichen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens ist es doch möglich, hier Ordnung zu schaffen. In Zarizyn, Astrachan und Saratow wurden Monopol und feste Preise durch die Sowjets beseitigt, Schmelgerei und Spekulation sind in voller Blüte.“

Ich habe die Einführung des Kartensystems und fester Preise in Zarizyn erreicht. Dasselbe muß in Astrachan und Saratow erreicht werden, sonst entführt die Spekulation durch diese Ventile das gesamte Getreide. Das Zentral-Exekutiv-Komitee und die Volkskommissare mögen ihrerseits die sofortige Einstellung der Spekulation in diesen beiden Städten verlangen.

Das Eisenbahnwesen ist völlig ruiniert durch die Unzahl von Kollegien und Komitees. Ich bin genötigt, besondere Kommissare hinzustellen, die bestimmte Ordnung schaffen werden, ungeachtet des lebhaften Protestes seitens der Kollegien. Die Kommissare stellten bereits einen ganzen Komplex von Lokomotiven fest, von deren Vorhandensein die Kollegien keine Ahnung hatten. Die Untersuchung hat ergeben, daß auf der Strecke Zarizyn—Rjasan—Moskau täglich acht und mehr Transportzüge verkehren könnten.

Zur Zeit bin ich mit dem Verladen der ersten Transportzüge beschäftigt. In wenigen Tagen werden wir die „Getreide-Woche“ verkünden, und ich hoffe, dann auf einmal eine Million Pud Getreide zum Versand zu bringen...“

Ich habe einen Sonderbeauftragten nach Baku geschickt, und in den nächsten Tagen fahre ich selber nach dem Süden.

Der Bevollmächtigte für den Warenaustausch... wird heute wegen Betrug und Spekulation mit staatlichem Eigentum verhaftet...“

Fred Oelßner: Der Marxismus und seine Kritiker

Sieben ist im Dietz-Verlag Berlin ein neues Werk von Fred Oelßner „Der Marxismus der Gegenwart und seine Kritiker“ (184 Seiten), erschienen, das einen sehr bemerkenswerten und vor allem sehr notwendigen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Literatur darstellt. Fred Oelßner ist in weiten Kreisen als ein Publizist bekannt, der auch schwierige theoretische Fragen in lebendiger und leichtfaßlicher Form vorzutragen versteht. Sein neues Werk wird allen jungen Wissensdurstigen eine äußerst willkommene Handhabe bieten, die sich über die Lehre von Marx und Engels sowie über den Leninismus, den Marxismus des 20. Jahrhunderts, ein zusammenhängendes Bild zu machen wünschen.

Die Unbesiegbare der Lehre von Marx, die allmächtig ist, weil sie richtig ist, tritt noch einmal mit aller Schärfe in jenem zweiten Teil des Buches hervor, worin Fred Oelßner in glänzender Weise mit den Kritikern und Verfälschern des Marxismus in der Gegenwart abrechnet. Im letzten Abschnitt stellt der Verfasser eine ganze Reihe neuer theoretischer Aufgaben auf dem Gebiete der Philosophie, der Ökonomie, der Geschichtswissenschaft, der Staatstheorie

zur Diskussion, die ihrer Lösung im Geiste des Marxismus-Leninismus harren. Die durch unsere Partei herbeigeführte Klärung der Frage des Weges zum Sozialismus — es gibt keinen besonderen deutschen Weg — ist ein Beweis für die Fruchtbarkeit der marxistisch-leninistischen Theorie, „die uns Mittel an die Hand gibt, alle komplizierten Fragen zu lösen, die uns die Geschichte stellt.“

Zunächst beantwortet Fred Oelßner in knapper aber treffsicherer Form die Frage: Was ist Marxismus? Es ist dabei als Vorzug zu werten, daß der Verfasser die Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus in ihren klassischen Formulierungen selbst zu Worte kommen läßt. Dem Leser wird hier ein packendes Bild von der imposanten Geschlossenheit des theoretischen Gebäudes des Marxismus vermittelt, einer „in sich geschlossenen und harmonischen Lehre, in der alle Glieder organisch miteinander verbunden sind.“

Die Grundlage ist der dialektische Materialismus als die marxistische Weltanschauung. Angewandt auf die menschliche Gesellschaft, führt der dialektische Materialismus zur materialistischen Geschichtsauffassung dem historischen Materialismus. In dem dieser in der materiellen Produktionsverhältnissen das in letzter Instanz bestimmende Moment der geschichtlichen Entwicklung erkennt, führt er unmittelbar zur ökonomischen Lehre des Marxismus. Diese ökonomische Lehre deckt die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft auf. Sie weist nach, daß der Kapitalismus durch die zunehmende Konzentration und Vergesellschaftung der Produktion die objektiven Voraussetzungen für eine höhere Produktionsweise vorbereitet, und daß er gleichzeitig die Arbeiterklasse konzentriert schult und durch zunehmende Verelendung zur Empörung treibt, daß die Bourgeoisie also ihre eigenen Totengräber schafft. So führt die marxistische Ökonomie unmittelbar an die Lehre vom Klassenkampf und vom Sozialismus heran. In dem die marxistische Staatstheorie dem Proletariat seine politische Aufgabe weist und die marxistische Lehre von der Taktik des proletarischen Klassenkampfes die Mittel zur Lösung dieser Aufgabe zeigt, wird die marxistische Theorie Leitfadens zum revolutionären Handeln. Handeln aber

müssen die Menschen, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die auf Grund der marxistischen Lehre darangehen, die Welt zu verändern, d. h. die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und an ihrer Stelle die sozialistische Gesellschaft zu errichten.“

So kommt der Verfasser mit Recht zu der klaren Schlussfolgerung: Es geht nicht an, den Marxismus „auf Raten“ anzuerkennen. Entweder man erkennt alle seine Teile an, oder man ist kein Marxist.

Fred Oelßner zeigt sodann die Weiter- und Höherentwicklung, die der Marxismus im monopolistischen Stadium des Kapitalismus erfahren hat. Lenin und Stalin haben die marxistische Theorie nicht nur gegen alle Verfälschungen und Entstellungen verteidigt, sondern sie haben sie entsprechend den Bedingungen des Imperialismus und des siegreichen Sozialismus weiter entwickelt und damit auf eine höhere Stufe gehoben. So entstand eine neue Etappe in der Entwicklung des Marxismus, die vor allem von Lenin geschaffen und darum den Namen Leninismus trägt.

Nach einem Abriss der leninistischen Etappe der marxistischen Philosophie behandelt Fred Oelßner die Weiterführung der ökonomischen Lehre des Marxismus, d. h. in erster Linie Lenins klare und umfassende Analyse des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Es folgt sodann die Theorie der sozialistischen Revolution und die Darstellung der sich aus dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus ergebenden Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande. Wir erhalten ferner einen Einblick, wie Lenin und Stalin die marxistische Staatstheorie auf eine neue höhere Stufe gehoben und die marxistische Lehre von der Diktatur des Proletariats konkretisiert haben. Beide haben auf der Grundlage der marxistischen Theorie von der Taktik des proletarischen Klassenkampfes auch die Strategie und Taktik des Proletariats für die neue Epoche wissenschaftlich ausgearbeitet. Sie haben schließlich auch die Lehre von der proletarischen Partei neu gestellt, weil unter den veränderten Bedingungen nur eine Partei neuen Typus den neuen Aufgaben gewachsen ist. Der Abschnitt schließt mit einer Würdigung der internationalen Bedeutung des Leninismus.

Der theoretische Kampf gegen alle Entstellungen und Verfälschungen ist unabdingbarer Bestandteil des lebendigen Marxismus. „Die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1914, 1918 und 1933 sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß dieser theoretische Kampf vernachlässigt wurde.“ So hat gerade heute, da das deutsche Volk einen grundsätzlich neuen Weg einschlagen muß, die Verteidigung des Marxismus ganz besondere Bedeutung.

Fred Oelßner hat die dankenswerte Aufgabe übernommen, vor allem die tolen Marxfähiger im „theoretischen“ Organ der Berliner SPD, dem „Sozialistischen Jahrbuch“, gründlich abzufragen. Die Klaus Peter Schuh, Walter May, Ernst Tillich, Hermann L. Brill, Ernst Böse verfälschten und „überwinden“ den philosophischen Marxismus, wie den historischen Materialismus. Nicht minder gewissenlos entstellten Paul Sering und der christliche Professor Joachim Tiburtius die ökonomischen Lehren des Marxismus. Hier haben sie sich eine Neuaufgabe der Theorie des organisierten Kapitalismus sowie eine Theorie der Produktionshierarchie ausgedacht. Natürlich verzerren und verdrehen sie auch die Lehre vom Klassenkampf, wobei z. B. der Sozialdemokrat Ernst Lewalter den Nachweis zu erbringen versucht, daß es überhaupt kein Proletariat mehr gäbe, während Karl J. Germer umgekehrt den Kapitalisten zu einem Proletariat machen will. Andere, darunter Rudolf Pamperien, bemühen sich, die marxistische Staatstheorie zu verfälschen. Einig sind sich alle diese in sozialdemokratischer Tarnung auftretenden Neofaschisten in der Verleumdung der Sowjetunion und in der Verteidigung des Monopolkapitalismus. Wo sie die „Sozialisierung“ fordern, tun sie es zum Zwecke der Erhaltung des Kapitalismus. Die ganze Strategie und Taktik der rechten Sozialdemokraten aber läuft auf die Spaltung der Arbeiterklasse hinaus.

Wir sind die einzige Partei“, sagt Fred Oelßner am Schluß des Buches, „die über die richtige Methode, über den richtigen Schlüssel verfügt, um auch die ungelösten Probleme unserer Zeit zu lösen. Es kommt nur darauf an, daß wir die Fahne unserer revolutionären Theorie, die Fahne des Marxismus-Leninismus hochhalten, daß wir dieser Fahne treu bleiben, und wir werden alle Probleme unserer Zeit zu lösen vermögen.“



Süddeutsche Oberliga

Die Weihnachtstage standen im Zeichen von Freundschaftsspielen. Nur zwei Meisterschaftsspiele der Süddeutschen Oberliga fanden statt. In Offenbach setzten die Kickers ihren Siegeszug fort und fertigten die Mühlburger sicher mit 5:0 ab. Die Mühlburger sind scheinbar nur auf eigenem Platz zu großen Leistungen fähig und so konnte Offenbach ungeschlagen Herbstmeister werden, wobei zu bemerken ist, daß die einzigen 2 Verlustpunkte, die der Tabellenführer zu verzeichnen hat, aus zwei Remispartien in Mannheim, gegen Waldhof und VfR resultieren. — Waldhof hatte gegen Rödelheim große Mühe, um mit 3:2 zu beiden Punkten zu kommen. — Im übrigen gab es nur Freundschaftsspiele, wobei zum Teil Landesliga-Vereine die Gegner der Oberligisten waren. Hierbei zeigte sich die Landesliga von beachtlicher Spielstärke, was auch der VfR Mannheim in Kaiserslautern gegen den dortigen VfR erfahren mußte, der ihm mit 3:1 das Nachsehen gab. — Am 2. Feiertag traf sich dann der VfR in Mannheim mit TuS Neuworff, wobei die Gäste dank ihres technisch reiferen und rationelleren Spiels mit 1:2 die Oberhand behielten.

Wer darf Louis boxen?

Der Schwergewichts-Weltmeister Joe Louis machte seine Zusage zu einem Welt-

meisterschaftskampf davon abhängig, daß ein „würdiger Herausforderer“ gefunden wird. Die New Yorker Veranstalter planen nun ein Schwergewichtsturnier, dessen Sieger im New Yorker Jankeestadion im Juni Joe Louis gestellt werden soll.

Louis hat seine Zustimmung gegeben, daß sechs Schwergewichter in die engere Wahl kommen, nämlich Lee Savold; Billy Conn; Gus Levenich; Bruce Woodcock; Ezzard Charles und Joe Walcott. Und Helmut Hoff?

Sportler, wußtet ihr schon...

... daß in den USA der 73-jährige Fred Ladd, der als „Mannschaftsboxer“ immer wieder antrat, mit Macht davon abgehalten wurde, sich das Diplom für den 350. Kampf zu erbieren? Bei 333 Boxmatches war er schon angelangt, als ihm die Ärzte die Lizenz entzogen. Wenn das Schmeißling hört...!

... daß sich bei Max Machon mehrere Schwergewichter anmeldeten, die sich von Schmelings bewährtem Manager zu Dollar-Business managen lassen wollten? Doch Machon winkte ab: „Aus einem Droschken-gaul kann ich keine Jankee-Killer machen.“

... daß der Glücksspringer des englischen Ligacups FC Portsmouth ein ausgestopfter Pigeau ist?

... daß in der Sowjetunion im Norden bereits Eishockey gespielt wird, während im Süden Anfang Dezember die Leichtathletikmeisterschaften von Georgien aus-

getragen wurden? Unter den Palmen des Südens ist es noch immer mild und warm, in Sibirien, im Ural und im Leningrader Raum hat jedoch längst die Wintersaison begonnen.

Schach

Allen Schachfreunden und Lesern unserer Schach-Ecke die besten Wünsche zum neuen Jahr.

Unsere heutige Schach-Aufgabe ist eine Endspielstudie von W. W. Nowikoff, Tuia. Weiß: Kf8, Sa5, B7. Schwarz: Kd2, Bg3.

Weiß am Zuge gewinnt. Lösung der Aufgabe Nr. 2. 1. Kb3 Kb1, 2. a4 Sb5, 3. axb5 Ka1, 4. Tc1 matt.

1. ... 2. ... Sc6, 3. Txc6 Ka1, 4. Tc1 matt. Ein leichter Vierzüger, der allgemein gefallen hat.

Schachnachrichten: Unser Schachfreund Albert Ott ist plötzlich durch einen tragischen Motorradunfall im besten Alter von 45 Jahren aus dem Leben geschieden. Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen Mitarbeiter und einen der stärksten Spieler. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3. 18 Verantwortl. für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3. 18. Telef. 42 50. Druck: Mannheim: Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4. 4. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3. 19. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

